

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche haben wir im Plenum lange und ausführlich über die **EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität)** gesprochen und am Donnerstag darüber abgestimmt. Ich spüre bei vielen Bürgerinnen und Bürgern und auch bei vielen Abgeordneten eine tiefe Verunsicherung über die aktuelle Debatte. Viele machen sich Sorgen um die Stabilität unserer gemeinsamen Währung, um das Ersparte und Erarbeitete und um die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Die EFSF ist eigentlich eine Aktiengesellschaft, deren Gesellschafter die Euro-Staaten sind. Von jedem Staat sitzt ein Vertreter im Direktorium, in dem die Entscheidungen getroffen werden. Die EFSF kann Kredite aufnehmen, indem sie Anleihen herausgibt, für die die Mitgliedstaaten haften. Mit diesen Krediten hilft die EFSF verschuldeten Staaten. Im Bundestag haben wir über die Erhöhung der deutschen Bürgschaft für die EFSF abgestimmt.

Ich habe bei der Abstimmung mit „Ja“ gestimmt, da ich derzeit keine bessere Alternative sehe. Wir sind verantwortlich für die Stabilität des Euro, nicht zuletzt, weil wir als Exportnation auf einen starken Euro angewiesen sind. Die Stabilisierung des Euro bedeutet Schutz und Sicherung von Millionen Arbeitsplätzen. Wir müssen die Existenzgrundlage von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland und Europa verteidigen.

Verschuldete Euro-Staaten haben unsere Hilfe über den EFSF verdient – allerdings nur, wenn sie sich an klare Auflagen halten. Dazu gehört ein Plan, wie die Verschuldung abgebaut werden soll, aber es müssen auch Konzepte her, wie Wachstum geschaffen werden soll, damit die Länder wirtschaftlich und finanziell wieder auf die Beine kommen.



Berlin-Brief, Ausgabe 103
30. September 2011

Meine Termine

**Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein
Bad Friedrichshall**

06.10.2011, 19 Uhr, Bad Friedrichshall,
Brunnenstüble am Marktplatz

Bürgersprechstunde

10.10.2011, 14.30 Uhr, Heilbronn, SPD-
Regionalzentrum, Untere Neckarstraße 50

**Vortrag beim Café International zur
Integrationspolitik**

11.10.2011, 19 Uhr, Heilbronn, Volkshoch-
schule

SPD-Landesparteitag

14./15.10.2011, Offenburg, Oberrheinhalle

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Bei allen Fachinformationen, die ich vor meiner Entscheidung gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion eingeholt habe, kann leider niemand sicher sein, dass die Regierung diesmal die ganze Wahrheit auf den Tisch legt. Bisher kam alles nur scheinbar ans Licht, weil Kanzlerin Merkel sich nicht traut, ihrer Partei und auch der FDP reinen Wein einzuschenken. **Union und FDP agieren orientierungs- und verantwortungslos in der Krise.** Die Regierung legt nach wie vor kein schlüssiges Konzept vor, wie wir nachhaltig und langfristig aus der Krise kommen. Die Strategie „Europa 2020“, die 2010 in der EU verabschiedet wurde, sollte eigentlich eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie werden, die europaweit Wachstum schaffen soll. Jedoch fehlt die Umsetzung, und auch die Bundesregierung spricht nur davon, einzelne Staaten zu retten. Wir brauchen aber eine Strategie für unseren gesamten europäischen Wirtschaftsraum. Denn aus dieser Krise kommen wir nur gemeinsam.

Die SPD hat zahlreiche Vorschläge für eine nachhaltige Lösung vorgelegt. Dazu gehört auch unsere Forderung nach einer **Beteiligung der Verursacher an den Kosten der Krise.** Daher müssen auch die Gläubiger, große Banken und Spekulanten, an den Kosten beteiligt werden. Dies ist unter anderem durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sicherzustellen. Die Regierung jedoch ignoriert unsere Vorschläge und bleibt bei Ihrem Klein-Klein der Rettungspakete. Das ist unverantwortlich für Deutschland und für Europa.

Neben dieser wichtigen Debatte haben wir über ein **Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse** abgestimmt. Bisher ist die Anerkennung von Berufsabschlüssen so kompliziert, dass viele gut ausgebildete Migranten bei uns nicht in ihrem eigentlichen Job arbeiten, sondern niedrigqualifizierte Arbeiten übernehmen müssen. Gleichzeitig ruft die Wirtschaft nach Fachkräften. Ich freue mich, dass wir nun endlich ein Anerkennungsgesetz auf den Weg gebracht haben, nachdem die CDU dies in der großen Koalition verhindert hatte. Dennoch gibt es zahlreiche Kritikpunkte am jetzigen Gesetz. Einer davon ist, dass die Regierung sämtliche Gebühren für die Berufsankennung auf die Betroffenen abwälzt. Die Anerkennung eines Abschlusses darf aber nichts sein, was sich der eine leisten kann und der andere nicht!

Am Donnerstagabend habe ich im Plenum eine **Rede zum Arbeitnehmerdatenschutz** abgegeben, die Sie anbei finden.

Mit freundlichen Grüßen

